

Qualifizierungsoffensive für zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer

Nachdem die Anzahl der Schülerinnen und Schüler in den letzten Jahren immer weiter abnahm, erleben wir seit mehr als einem Jahr, dass sich dieser Trend umkehrt und deutlich mehr Kinder und Jugendliche in die Schulen kommen.

Gleichzeitig ist auf dem bundesweiten Arbeitsmarkt ein deutlicher Rückgang der Bewerberinnen- und Bewerberzahlen zu verzeichnen und das sowohl in der Primarstufe, im Bereich der Sonderpädagogik, der beruflichen Bildung und in verschiedenen anderen Fächern über alle Bildungsgänge hinweg.

Diese Entwicklung ist insbesondere für die Stadt Bremerhaven besorgniserregend. Es fehlen nach Aussage von Fachleuten im laufenden Jahr bundesweit zwischen 20.000 und 50.000 Lehrkräfte und damit wird die Möglichkeit, Lehrkräfte für Bremerhaven zu gewinnen immer schwerer. Dies wird deutlich daran, dass von den aktuell 110 neu zu besetzenden Stellen 40 nicht besetzt werden konnten.

Um diesem Notstand zu begegnen, unterrichten an den Bremerhavener Schulen bereits seit längerem Menschen ohne reguläre Lehramtsausbildung, dies können Lehrkräfte aus Ländern sein, die keine Anerkennung ihrer Qualifikation erhalten haben, Bachelorabsolvent/innen oder Masterabsolvent/innen eines Lehramtstudiums, beide allerdings ohne Referendariat oder auch Menschen, die über gar keine reguläre Vorbildung verfügen.

Diese Menschen treffen in den Klassen auf Kinder und Jugendliche, die sehr unterschiedliche Kompetenzen haben und auf unseren gesellschaftlichen Anspruch allen diesen Schülerinnen und Schülern gleichermaßen gerecht zu werden, sie individuell zu fördern und zu fordern. Das haben sie nicht gelernt. Und obwohl die Schulen diese Kolleg/innen natürlich unterstützen, können sie ihnen nicht mal eben nebenbei beibringen wie kompetenzbasierter Unterricht zu gestalten ist.

Deshalb fordern wir

auf der Bundesebene

- Den Wegfall des Kooperationsverbotes im Bildungsbereich, das dazu geführt hat, dass ärmere Bundesländer nicht mehr konkurrenzfähig sind bei der Gewinnung von Lehrkräften
- Eine Zuweisung zusätzlicher Mittel durch den Bund, die auf die unterschiedlichen Bedarfe der Länder Rücksicht nimmt, um die Ausgestaltung der Bildungsangebote nicht an die Leistungsfähigkeit der Länder und Kommunen zu koppeln
- Eine KMK-Initiative zur Erhöhung der Anzahl der Fachkräfte

auf der Landesebene

- Die Erhöhung der Studienplätze für das Lehramt oder in der Wirkung vergleichbare Maßnahmen und die Ausweitung der Referendariatsplätze
- Eine Qualifizierungsoffensive, um die Lehrkräfte ohne abgeschlossene Ausbildung so zu qualifizieren, dass sie den vielfältigen Anforderungen überhaupt gerecht werden können
- Die Aufnahme des Faches Deutsch als Fremdsprache (DaZ) in den Fächerkanon des Landes Bremen zu prüfen, damit qualifizierte Lehrkräfte, die im Ausland für Deutsch ausgebildet wurden eine Anerkennungsmöglichkeit ihrer Qualifikation als DaZ-Lehrkräfte erhalten können
- Die Ausweitung der Plätze für Seiteneinsteiger/innen, die berufsbegleitend weitergebildet werden, zu prüfen
- Eine Qualifizierungsmöglichkeit für diplomierte Sozial- und Sonderpädagog*innen und angrenzende Berufsgruppen zu schaffen, um als Inklusionspädagog*innen anerkannt zu werden

auf kommunaler Ebene

- Eine Häufung von nicht ausgebildeten Kolleginnen und Kollegen an einzelnen Standorten möglichst zu vermeiden
- Eine Offensive, um bereits im Ruhestand befindliche Kolleginnen und Kollegen zurück für den Schuldienst zu gewinnen und Teilzeitkräfte für eine Aufstockung ihrer Stunden zu gewinnen